

Rede im Landtag

Es gilt das gesprochene Wort!



12.09.2014

André Kuper MdL, Bürgermeister a.D.

Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

FDP-Antrag „Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Verfahren straffen (Drs 16/6679 und CDU-Antrag „Schwarze Kasse“ für Krankheitskosten nutzen 16/6686)

die Anzahl der in NRW eintreffenden Flüchtlinge ist in den letzten 3 Jahren sprunghaft von 15.000 im Jahr 2012 auf 25.000 im letzten Jahr und auf vermutlich 37.000 in diesem Jahr angestiegen. Solche Zahlen bedeuten eine Herausforderung und sind nur mit guten Konzepten, für die Aufnahme von Flüchtlingen, zu bewältigen.

Zu Beginn möchte ich noch deutlich machen: Wir in Deutschland sind in besonderem Maße verpflichtet, Menschen in Not zu helfen. Allerdings lässt diese Landesregierung jegliche nachhaltigen Konzepte zur Bewältigung der besonderen Flüchtlingsproblematik vermissen, ein wirksames Krisenmanagement sieht anders aus.

So sind es nun unsere Kommunen, die vor Ort die Probleme lösen müssen und hierbei vom Land allein gelassen werden. Einige Beispiele möchte ich hier nennen:

BILD vom 10.09.2014: "Überfüllte Flüchtlingsheime - Sierau kritisiert Innenminister"
In ungewöhnlich scharfer Form hat Dortmunds OB Sierau (SPD) Innenminister Jäger kritisiert. Hintergrund: fehlende Erstaufnahme Einrichtungen für Flüchtlinge in NRW,

Aufnahmeeinrichtungen sind überfüllt". Außerdem fordert er „dringend tragfähige Konzepte für die Aufnahme von Flüchtlingen in NRW“.

Oder der Duisburger SPD-OB Sören Link gegen über der WAZ vom 5.9.14:

„Es kann nicht richtig sein, dass Kommunen wie Duisburg, die an allen Ecken und Kanten sparen müssen, nur knapp 20 Prozent der Kosten erstattet bekommen.“

Oder der NRW-Städte und Gemeindebund in einer PM vom 27.08.14:

„Die Kommunen unterstützen die vom Land NRW gewünschte Willkommenskultur“, „Allerdings sichere nur eine ausreichende Finanzierung seitens des Landes angesichts knapper kommunaler Kassen die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Bevölkerung. "Hier muss das Land als der verfassungsrechtlich Verantwortliche rasch nachbessern"

Oder der HGF des Städtetages, Stephan Articus in der FAZ vom 28.8.14: „Es gibt Länder, die zahlen siebzig, achtzig Prozent der Kosten, andere Länder wie NRW deutlich weniger, nach Aussage einzelner Städte sogar nicht mehr als 20 Prozent“.

Diese wenigen Zitate beschreiben beispielhaft den derzeitigen Zustand im Land und in den Kommunen. Hierbei geht es um die Flüchtlinge, um eine menschenwürdige Unterbringung und entsprechende Willkommenskultur! Unsere Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, den Flüchtlingen eine angemessene Heimat zu bieten. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ist das aber nicht mehr machbar.

Das Land darf die Städte und Gemeinden mit dieser wichtigen humanitären Aufgabe nicht weiter allein lassen. Dabei geht es um die Unterbringungssituation der Flüchtlinge, deren Gesundheit aber auch um die bessere Finanzierung dieser Aufgabe.

Zu begrüßen ist es daher, dass die Bundesregierung für eine finanzielle Entlastung der stark betroffenen Kommunen durch die Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes sorgt und gleichzeitig der Bundestag beschlossen hat Bosnien, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären – das verringert die hohe Zahl offensichtlich unbegründeter Asylanträge (Statistik)

Aber auch diese Landesregierung muss handeln.

Die derzeitigen Zahlungen werden den rasant steigenden Zahlen nicht gerecht. Im vergangenen Jahr hat sich die Anzahl der der Asylbewerber innerhalb eines Jahres um 12.500/ 27,9% auf mehr als 57.000 erhöht. Die Kommunen aber bekommen jeweils Pauschalen für die Anzahl der Flüchtlinge zum 1. Januar – Steigerungsraten werden dabei nicht erfasst. Die Kommunen erhalten also erst mit einem Jahr Verspätung eine personenzahlenmäßige Anpassung ihres Budgets. Das hat die Landesregierung bereits im vergangenen Jahr bei den Anpassungen im FlÜAG versäumt und auch dieses Jahr ist eine solche Anpassung nicht geplant, obwohl dies dringend notwendig wäre.

Die Rahmenbedingungen, den ankommenden Flüchtlingen eine lebenswerte Unterkunft zu bieten, müssen auch durch das Land verbessert werden. Dafür liegen viele Vorschläge, u.a. auch unser CDU-Antrag mit der Drs. 16/6686, auf dem Tisch – Der Ruf allein nach Berlin ist da keine Lösung.

Der Überweisung an den Integrationsausschuss, den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie an den Innenausschuss stimmen wir zu.